
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 11 (1983)

DOI: 10.11588/fr.1983.0.51264

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

PETER KRÜGER

DEUTSCHER NATIONALISMUS
UND EUROPÄISCHE VERSTÄNDIGUNG:
DAS VERHÄLTNIS DEUTSCHLANDS ZU FRANKREICH
WÄHREND DER WEIMARER REPUBLIK*

Wenn wir Historiker ehrlich sind, so geschieht es nicht allzu häufig, daß wir mit einem Problem ins reine kommen, und es mag schon einen Erfolg bedeuten, wenigstens so weit gekommen zu sein, um eine Zwischenbilanz ziehen zu können. Genau dies möchte ich heute abend tun, und zwar für das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich, auf der Grundlage neuer amerikanischer, französischer und deutscher Untersuchungen und eigener Forschungen, die das gewohnte Bild in einigen Partien etwas verändern¹. Vor allem liegt mir daran, die deutsch-französischen Beziehungen in ihrer Bedeutung für die europäische Entwicklung zu erfassen. Denn das, was ja heute im Bewußtsein beider Völker verankert ist und ihnen von Zeit zu Zeit deutlich vor Augen geführt wird, das war in den 20er Jahren schon zutage getreten: wie wesentlich doch und wie maßgebend die Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich und die Verhältnisse in jedem dieser beiden Länder für Europa sind², für seinen Zustand, seine internationale Atmosphäre und seine Einigkeit. So können Sie die Weimarer Republik, ihre Bemühungen um eine Verständigung mit den Franzosen und um eine stärkere Gemeinschaft unter den Europäern auch als einen gescheiterten ersten Anlauf voller Schwächen und Inkonsequenzen betrachten, einen Versuch, der nach 1945 mit besserem Erfolg wiederholt wurde. Um einiges zu erreichen, macht die Geschichte oft

* Vortrag, gehalten am 18. 4. 1983 in Bonn vor der Stresemann-Gesellschaft und der Deutsch-Französischen Gesellschaft. Der Text blieb unverändert, die Belege wurden auf das Notwendigste beschränkt.

1 Über die Forschungen von ARTAUD, BARIÉTY, KÖHLER, McDOUGALL, RUIEPER, SCHUKER, SOUTOU, STEINMEYER, TRACHTENBERG u. a. sowie über den größeren Zusammenhang der neueren Forschung zum internationalen System nach dem Ersten Weltkrieg gibt es ausgezeichnete Literaturberichte mit zahlreichen weiterführenden Hinweisen. Siehe Jost DÜLFFER, Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte XXI (1981), S. 593–601; Jon JACOBSON, The strategies of French foreign policy after world war I, in: Journal of Modern History 55 (1983), S. 78–95; DERS., Is there a new international history of the 1920s?, in: American Historical Review 88 (1983), S. 617–645. Peter KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar (im Druck, dort auch ausführliche Belege).

2 Stresemann erklärte am 23. 11. 1926 im Reichstag: »Der deutsch-französische Ausgleich und die Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, für die der Grundstein unter Mitwirkung anderer großer Mächte in Locarno gelegt wurde, ist der Angelpunkt der Konsolidierung Europas. Dieser Gedanke ist von anderen Mächten und Völkern in und außerhalb Europas so oft betont worden, daß ich nicht nötig habe, mich gegen die Versuche zu wenden, eine solche Verständigung als gegen irgendein anderes Land gerichtet hinzustellen.« Verhandlungen des Reichstags, Bd. 391, S. 8145.

einen ungeheuren Lärm, wie Franz Schnabel zu sagen pflegte, und wenn seit längerem in unserer Wissenschaft viel – und oft unpräzise – von den Kontinuitäten die Rede ist, hier findet man eine.

I

Die deutsche Literatur hat sich im Umgang mit der Politik stets schwer getan. Romane und Dramen, in denen politische Kernfragen der Zeit in eindringlichen Gestaltungen zur Anschauung gebracht wurden, wie es etwa bei Jean Giraudoux geschieht, also die Durchdringung von Literatur und Politik in einer Person, wie Frankreich sie kennt, war selbst in der literarisch so anregenden Weimarer Zeit in Deutschland selten. Und was die furchtbaren Erlebnisse der Kriegsgeneration anbetraf, so überwog in Deutschland trotz der hohen Auflagen von Erich Maria Remarques »Im Westen nichts Neues« doch eine Art, sich der Kriegszeit zu bemächtigen, die entweder die tiefen seelischen Erschütterungen bewältigte in einer expressiven, fast triebhaften Hingabe an Krieg, Kampf und Tod oder in einer Glorifizierung von Disziplin, militärischem Wesen, kriegerischem Erfolg und Schützengraben-Kameradschaft. Jedenfalls gehört es zu den Raritäten der modernen deutschen Literatur, daß 1928 eine Novelle erschien, die ausschließlich von der politischen Situation der Zeit handelte, von der Schicksalhaftigkeit der deutsch-französischen Beziehungen für Europa, von der Bedrohtheit dieses Kontinents, von der unausweichlich notwendigen Entscheidung für europäische Verständigung, Friedenspolitik und Abrüstung, wenn Europa dem Verderben entrinnen wolle: Bruno Franks »Politische Novelle«³. Sie wurde alles andere als ein Bestseller und löste sogar bis in die liberalen Zeitungen hinein ein kritisches Echo aus. Bedeutsam war unter den Verteidigern nur Thomas Mann, der dem befreundeten Schriftsteller mit einem vehement formulierten Essay⁴ zur Seite stand, Thomas Mann, der sich für die Republik entschieden hatte angesichts der ihr drohenden Gefahren.

Die »Politische Novelle« handelt von einem schwer geprüften, unbeirrbar für Frieden und Verständigung kämpfenden deutschen Politiker, der, im Begriff, in einem neuen Kabinett den Posten des Außenministers zu übernehmen, zu bewegendem, eingehenden Gesprächen mit seinem französischen Kollegen zusammentrifft, der mit Leidenschaft und Pragmatismus dieselben Ziele verfolgt und unverkennbar ein Abbild und Gleichnis des damals tatsächlich die französische Außenpolitik lenkenden Aristide Briand ist. Der Deutsche wird in einem finsternen Hafenviertel umgebracht, ein Akt unwissender, primitiver Gewalt und ein Symbol des Niedergangs und der bewußtlosen Selbstzerfleischung Europas, eines Europa, dessen Tradition der Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit und Kultur im Innern durch Faschismus und engstirnigen Nationalismus, durch Materialismus und Schwächlichkeit bedroht ist, und von außen durch das bolschewistische Rußland, das kapitalistisch-rücksichtslose Amerika und die unverbrauchten Kräfte und lockende Attraktivität Afrikas und aller jungen Völker. Gewiß eine symbolträchtig zugespitzte, überhöhte, aber ahnungsrei-

³ Ich benutzte die Ausgabe in Reclams Universalbibliothek 78 30/31, Stuttgart 1956 (Erstausgabe 1928).

⁴ Thomas MANN, Altes und Neues. Frankfurt/M. 1953, S. 532–48 (zuerst 21. 7. 1928, in: Das Tagebuch).

che Novelle, einen charakteristischen Zug der Zeit enthüllend, Zeugnis für den Geist jener viel zu schmalen Schicht in der Weimarer Republik, die ohne utopische Entwürfe oder dogmatische Lehren und Ideologien von der Grundlage des bestehenden Staates aus versuchte, die vordringlichen Aufgaben europäischer Politik anzupacken. Es ist als beachtliches historisches Zeichen der Erkenntnisfähigkeit wichtiger, wenn auch bald darauf unterliegender Kräfte jener Zeit zu werten, daß in dieser Novelle die gleichen Probleme und ähnliche Lösungen gestaltet werden, wie sie auch der französische Außenminister Briand und sein deutscher Kollege Gustav Stresemann verfolgten, obwohl weit weniger idealistisch und weniger unbedingt, sondern mit handfesten politischen und wirtschaftlichen Interessen durchsetzt, immer zugleich ein, wenn auch gemäßigter und stark eingegrenzter, Machtkampf.

Bruno Frank läßt in seiner Novelle den Deutschen sagen: »Denkt man an unser Europa und für unser Europa, so wird man mit dem Eingeständnis beginnen müssen, daß dieser Erdteil von seiner alten Stellung nicht viel mehr übrig hat. Er hatte sich selber zum Erdteil ernannt, er hatte sich als Erdteil benommen. Als er das nicht mehr tat, war es aus. Alle seine Werte stehen in hoher Gefahr. Er muß sich, mit ein wenig Vernunft, mit ein wenig Gesittung, wieder auf seine Funktion besinnen. Der Anprall, nicht wahr, ist gewaltig. Es ist immer wieder und immer noch einmal die Schlacht von Salamis, die geschlagen werden muß!«⁵ Das Salamis-Motiv, die Abwehr der persischen Übermacht durch das Zusammenstehen der Griechen 480 v. Chr., begleitet symbolhaft die Gespräche, und zur notwendigen europäischen Einheit heißt es: »Die Sache fängt damit an, daß heute sechs Millionen Europäer nichts zu essen haben. Aber die sechs Millionen sind nur die Unglücklichsten. Der Rest, überwiegend, lebt elend. [...] Unser Salamis führt einen nüchternen Namen: wirtschaftlicher Zusammenschluß«⁶. Europa sei im Begriff, »vor dem Reichtum und dem Unternehmungsgeist der [Vereinigten] Staaten endgültig die Waffen zu strecken«, Unsummen für die Rüstung zu verschleudern und anfällig zu werden für Sowjetrußland, die »kollektivistische Uniformität«, wie es der französische Außenminister in der Novelle ausdrückt; alles liege auf Deutschland und Frankreich: Der Kampf gegen die drohende Überwältigung und der Einsatz für Friedenssicherung, Verständigung und Einigung Europas. An diesen entscheidenden Aufgaben der Rettung europäischer Werte müßten sie sich bewähren⁷.

Überall schimmert die Erkenntnis von der Vernachlässigung Europas und seiner drohenden Selbstaufgabe in den weltweiten Verflechtungen und Interdependenzen des 20. Jahrhunderts durch. Aber: »Man ist den Massen [in Deutschland] so lange mit mystischem Geschwätz in den Ohren gelegen, bis sie ein erreichbares und nahes Ziel für verächtlich zu halten anfangen.« Franzosen und Deutsche brauchten daher einander, um sich zu korrigieren und zu ergänzen. »Es muß der Tag kommen, der den Irrtum von tausend Jahren wieder gutmacht. Der die entsetzlich klaffende, brandige Wunde an der Flanke Europas heilt. Der uns endgültig wieder zusammenführt zur Rettung unseres großen, gemeinsamen Erbteils. [...] Denken wir immer daran, immer! Es gibt nichts Wichtigeres. Nie mehr! [...] Lassen wir uns ruhig angreifen und

5 FRANK (wie Anm. 3), S. 53.

6 FRANK (wie Anm. 3), S. 53f.

7 FRANK (wie Anm. 3), S. 54f., 60.

beleidigen, jeder in seinem Land, lassen wir uns verhöhnen, besudeln, bespeien, fürchten wir die Kugel nicht und nicht das Vitriol – glauben wir einander!«⁸

In diesen Zusammenhang stellt Frank dann treffend die Erörterung der wichtigsten, 1928 anstehenden Fragen zwischen Frankreich und Deutschland aus dem Friedensvertrag von Versailles: Die Revision der deutschen Ostgrenze gegenüber Polen, dem Bundesgenossen der Franzosen; die vorzeitige Beendigung der immer wieder für Spannungen und nationalistische Erregung sorgenden Besetzung des Rheinlandes; eine Neuregelung der Reparationen schließlich, der Wiedergutmachung für Kriegsschäden, die Deutschland während des Ersten Weltkrieges anrichtete⁹. Besonders in diesen drei Fragen verschmelzen dichterische Fiktion und diplomatische Wirklichkeit der deutsch-französischen Auseinandersetzungen, ein weiterer Hinweis auf die Einmütigkeit der Deutschen, wenn es um den Versailler Vertrag ging. Selbst in einem literarischen Werk, das ungewohnte Meinungen gestaltete und so hart mit den Deutschen ins Gericht ging, war der Verzicht auf die Europa in Uruhe versetzenden Revisionsforderungen offensichtlich undenkbar. Dies sollte allen jenen eine Warnung sein, die so undifferenziert Revisionismus und Machtstreben mit der Außenpolitik des Reiches in eins setzen. Die Novelle zeugt von der Sehnsucht nach Frieden, Verständigung und europäischer Gemeinsamkeit, einer Sehnsucht, die es zweifellos auch in Deutschland gab, obgleich oft überdeckt von sehr viel dunkleren Forderungen. Sie zeugt von den ungeheuren Widerständen, die einer Politik der Verständigung und des Interessenausgleichs, gerade zwischen Frankreich und Deutschland, begegneten, wo angesichts des Versailler Vertrags der Unsinn von der Erbfeindschaft reichlich Zuspruch fand¹⁰.

Trotz des Abstandes der idealistisch überhöhten Novelle zur sehr viel gebrocheneren Wirklichkeit, in der es zwischen Deutschland und Frankreich eben um beides ging, Verständigung und Machtkampf, geht es dem Leser plötzlich auf, wie prägend die ungeheuren Widerstände und das entbehrungsreiche Engagement für die leitenden Staatsmänner und ihre persönlichen Beziehungen gewesen sein müssen, so daß über allem Ringen um Interessen eine höhere Gemeinsamkeit unter ihnen entstand, von der die historischen Quellen tatsächlich Zeugnis geben. Jedenfalls machte erst die Politik Stresemanns und Briands, ihr Verhalten und ihre eindrucksvolle persönliche Wirkung, ein solches literarisches Werk und die Denkbarkeit seiner hohen Ziele möglich. Denn diese Novelle ist ja – und auch dies fand im politischen und wirtschaftlichen Denken der Zeit eine obschon schwache Entsprechung – durchdrungen von der

8 FRANK (wie Anm. 3), S. 75 f.

9 FRANK (wie Anm. 3), S. 71–73.

10 Wie mühsam und fast verschüttet unter vielfältigen Interessen sich Unternehmungen zur deutsch-französischen Verständigung gestalteten, zeigten z. B. das Deutsch-französische Studienkomitee von 1926, seine Aktivitäten und die Bemühungen um eine gemeinsame Zeitschrift 1927/28; Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (= ADAP), Serie B, Bd. I/1, Nr. 233, Bd. IV, Nr. 25, 59, 137, Bd. VI, Nr. 26, Bd. VII, Nr. 183, Bd. X, Nr. 241. Einen anderen Bereich behandelt Jean-Claude DELBREIL, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920–1933)*. Metz 1972. Aufschlußreich Fernand L'HUILLIER, *Dialogues franco-allemands 1925–1933*. Straßburg 1971. Siehe auch Ernst SCHULIN, *Das Frankreichbild deutscher Historiker in der Zeit der Weimarer Republik*, in: *Francia* 4 (1976), S. 659–73; Norbert OHLER, *Deutschland und die deutsche Frage in der »Revue des deux Mondes« 1905–1940*. Frankfurt/M. 1973.

Notwendigkeit europäischer Einigung, die selbst abhängig war vom deutsch-französischen Zusammengehen. Was hat es damit auf sich?

II

Zum Lauf der europäischen Geschichte, ihn beschleunigend und verändernd und von ihm getragen, gehören die Träume von einer allen gemeinsamen, harmonischen, besseren Ordnung der abendländisch-europäischen Völker. Es gehört aber auch dazu die Vielfalt der Erscheinungen, der Wettbewerb, die Rivalität – am eindrucksvollsten ausgeprägt in der allmählichen, von jahrhundertelangen Mühen und Kämpfen erfüllten Entwicklung und Entfaltung der modernen Staaten. Und in den Staaten und hinter den Träumen bewegen sich die Interessen von Einzelnen, von gesellschaftlichen Gruppen, ja von ganzen Völkern; politische, wirtschaftliche, kulturelle Interessen: sie suchen Einfluß, verleiben sich ein, was unter den großen Träumen und Ideen ihnen zweckdienlich und wesensgemäß erscheint, und werden ihrerseits davon beeinflusst.

Trotz aller Auseinandersetzungen hatten die europäischen Staaten viel mehr Gemeinsames als Trennendes: ihre geistigen Traditionen, ihre Rechtskultur, die Formen des Wirtschaftens, die Wissenschaft und die Kunst – alles durchdrungen von der vorwärtstreibenden Kraft des Wettbewerbs um die beste Lösung, die exakteste Erkenntnis, die schönste Form, den größtmöglichen Wohlstand, den effizientesten Staat. Es ist also kein leeres Schlagwort, sondern eine historische Erkenntnis, wenn man auf Grund all dieser gemeinsamen Merkmale einschließlich des Wettbewerbs, der unter den Staaten bis zur kriegerischen Auseinandersetzung führen konnte, von einem eigenständigen, in der Weltgeschichte einzigartigen europäischen Staatensystem spricht. Es drohte jedoch zu zerfallen und verlor seine »raison d'être« in dem Maße, wie im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Rivalitäten sich immer mehr verschärften bis hin zum Ersten Weltkrieg, der »Selbstentmachtung Europas«¹¹, und neue Mächte außerhalb Europas das Vorbild übernahmen, um als moderne Staaten emporzustreben. Heute hat sich das Muster des neuzeitlichen europäischen Staates über die ganze Welt ausgebreitet, und man hat sich angewöhnt, in gedanklich wenig exakter Form von einem weltumspannenden Staatensystem zu sprechen. Die Vorherrschaft Europas in der Welt war dahin. Die neue Situation war schon nach dem Ersten Weltkrieg unübersehbar geworden: konnten und wollten da die geschwächten europäischen Nationen, untereinander uneins, überhaupt noch ein eigenständiges europäisches Staatensystem – über eine innere, geistig-kulturelle Einheit hinaus – sinnvoll begründen und ausgestalten?

Der Zweifel mochte um so berechtigter sein, da doch gerade damals das universale Prinzip der Staatengemeinschaft in der Form des Völkerbunds als fortschrittlichere, überlegene Form des Zusammenlebens aller Staaten sich durchzusetzen schien – mit umfassendem Anspruch und einer ansatzweisen institutionellen Verankerung, die über die informelle Unorganisiertheit des klassischen Konzerts der europäischen Mächte hinauswies. Hinzu trat die Verlockung oder Notwendigkeit außereuropäischer Orientierung einzelner europäischer Mächte, etwa Deutschlands auf die

11 So der Titel des letzten Buches von Erwin HÖLZLE über den Ersten Weltkrieg. 1975.

Vereinigten Staaten oder Großbritanniens auf das Commonwealth. Sinn, Nutzen und Form einer wie auch immer gestalteten engeren europäischen Verständigung und Eigenständigkeit innerhalb einer künftigen weltweiten Völkergemeinschaft standen also in Frage.

Ansätze und gemeinsame Aufgaben gab es trotz allem genug. Die Verdichtung der Beziehungen zwischen den hochentwickelten europäischen Staaten suchte nach dem Ersten Weltkrieg eigentlich immer noch ihresgleichen. Und selbst wenn ihnen die Neigung zur Kooperation völlig gefehlt und wenn sie gar nichts anderes verbunden hätte: es gab doch etwas, das sie zunächst unausweichlich aneinanderkettete, und das waren die großen ungelösten Probleme zwischen ihnen, die Folgen des Ersten Weltkriegs: Reparationen und interalliierte Schulden, strittige Grenzen und Einflußbereiche, Sicherheitsfragen, nationale Prestigeforderungen und Minderheitenprobleme, die Grenzen überschreitenden sozialen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, schließlich der Niedergang der lebensnotwendigen Handelsbeziehungen und die allgemeine wirtschaftliche Konjunktur- und Strukturkrise. Die Schwierigkeiten kumulierten, verschärften sich gegenseitig und verlangten unausweichlich und unerbittlich nach Lösungen.

Dies war aber noch nicht alles. Fast jedes der genannten Probleme berührte Deutschland, ein Land, das trotz der schweren Niederlage im Ersten Weltkrieg zumindest potentiell immer noch zu den mächtigsten überhaupt zählte. Ich spreche also von der »deutschen Frage«, dem im Grunde während des ganzen 19. Jahrhunderts nicht zufriedenstellend gelösten Problem, Deutschland in das europäische Staatensystem einzufügen, das es zu sprengen drohte. Auch der Versailler Vertrag vom 28. 6. 1919 vermochte dieses Problem nicht zu lösen, ebensowenig das der unausweichlichen Neuordnung eines gemeinschaftlichen europäischen Staatensystems. Beides war untrennbar miteinander verknüpft. Für Europa und besonders für Frankreich bildete es tatsächlich eine der beherrschenden Fragen, wie man mit diesem Ungetüm einer deutschen Großmacht in beständige und erträgliche Verhältnisse kommen könne.

Der Versailler Vertrag und die anderen Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg waren angesichts der Fülle von fast unlösbaren Aufgaben in vieler Hinsicht beachtliche Leistungen und sind oft zu Unrecht und in einseitiger Weise gerade in Deutschland angegriffen worden. Doch es gehörte zweifellos zu den bedenklichsten Schwächen der Pariser Friedensordnung, daß man zwischen nationalen Interessen und Gegensätzen der großen und kleinen Mächte einerseits und dem unbezweifelbaren Aufstieg der außereuropäischen Welt und dem Ideal einer globalen Ordnung im Völkerbund andererseits die nach wie vor, bis heute hin, gebieterisch und immer neu sich stellende Aufgabe vernachlässigte, für die so intensiv miteinander verflochtenen Länder Europas eine eigene engere Ordnung zu finden und den deutsch-französischen Gegensatz auszugleichen. Frankreich und Deutschland sind Nachbarn in einer der Kernlandschaften Europas mit einer alten, gemeinsamen Geschichte und wurden von jeder wichtigen Frage des Friedensschlusses von 1919 direkt oder indirekt betroffen. Welches war die Ausgangslage für beide Länder in der Nachkriegszeit nach 1919?

Deutschland war durch den Krieg und die Friedensbedingungen erheblich geschwächt und hatte, zeitweise von inneren Unruhen erschüttert, auch noch den

abrupten, nicht ganz freiwilligen Verfassungswandel vom Kaiserreich zur Republik zu verkraften. Die Verluste im Versailler Vertrag waren beträchtlich: Die Auslandsanlagen in den Ländern der Kriegsgegner – Milliardenwerte – gingen verloren, die Handelsflotte und die Kolonien mußten abgetreten werden, so daß die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt sich einschneidend verschlechterte. Auch für die europäische Stellung einer Großmacht, die sich oft auf ihr militärisches Übergewicht verließ, war der Rückschlag heftig: Weitgehende Entwaffnung von Heer und Flotte bis auf 100 000 bzw. 15 000 Mann, Verbot aller modernen und schweren Waffen, die territorialen Abtretungen, die im Osten gegenüber Polen auch überwiegend deutsche, nicht nur mehrheitlich polnische Gebiete umfaßten und von der Nation nie verwunden wurden. Die Abtretungen an Frankreich allerdings, Elsaß-Lothringen also, bildeten kein größeres Problem und wurden weitgehend akzeptiert¹². Bedeutsam war hingegen – und das wurde nicht hingenommen – die wirtschaftliche Schwächung, die allgemein mit den territorialen Verlusten verbunden war und wichtige Industriegebiete in Oberschlesien, Lothringen, aber auch im Elsaß umfaßte. Hinzu kamen weitere Friedensbedingungen, die dauernden wirtschaftlichen und politischen Widerstand sowie heftige, emotionale nationalistische Reaktionen provozierten: Die Abtretung des Saarlandes mit seiner Schwerindustrie zumindest bis 1935 und die Besetzung der Rheinlande als Sicherung und Pfandnahme durch die Alliierten, wobei die Franzosen, um ihre Stellung am Rhein auszubauen, sich geschickt die organisatorischen Schlüsselpositionen sicherten¹³. Die drei Besatzungszonen sollten 1925, 1930 und 1935 nur geräumt werden, sofern Deutschland seinen Verpflichtungen nachkam. Tat es das in befriedigender Weise, so war allerdings auch eine vorzeitige Räumung nicht ausgeschlossen. Diese Regelungen wurden ergänzt durch einige weitere, die schwerwiegende Beeinträchtigungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland nach sich zogen und sehr bedenkliche sozialpsychologische Folgen zeitigten: Ich meine die Reparationen und den unglückseligen Gedanken, ihrer gefährlichen Ausweitung dadurch eine überzeugende Begründung zu verschaffen, daß man Deutschlands Verantwortung für die Kriegshandlungen und die Kriegsschäden im Ersten Weltkrieg im sogenannten Kriegsschuldartikel 231 festlegte. Schließlich seien noch die handelspolitischen Einschränkungen Deutschlands erwähnt, die nachhaltig wirkten und den Alliierten, insbesondere Frankreich, wichtige Vorteile verschafften. Sie sollten bis 1925 in Kraft bleiben.

War man in Deutschland empört über den Versailler Vertrag, seine einschneidenden Bestimmungen und Lasten, und suchte sich ihm zu entziehen, so war auf der anderen Seite auch Frankreich keineswegs mit ihm zufrieden und sah seine wesentlichen Forderungen nicht hinreichend erfüllt. Die Franzosen hatten während des Ersten Weltkriegs ein umfassendes Programm der Machtausweitung in Europa und der Absicherung ihrer Vormachtstellung zu Lasten Deutschlands formuliert¹⁴. Es

12 Jacques BARIÉTY, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*. 10 Novembre 1918–10. Janvier 1925, de l'exécution à la négociation. Paris 1977, Kap. I.

13 Ebd., Kap. II. Daß man auch andere Mittel einsetzte, schilderten jüngst Ingrid Voss/Jürgen Voss, *Die 'Revue Rhénane' als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920–1930)*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 64 (1983), S. 403–52.

14 Hier sind vor allem die Forschungen von Georges Henri SOUTOU zu nennen, dessen Buch über die französischen Kriegsziele demnächst erscheint.

enthielt: Die Zurückdrängung, z. T. gar Ersetzung des deutschen Exports und der Kapitalanlagen durch französische; enge, über den Krieg hinaus dauerhafte wirtschaftliche Verbindungen mit den Alliierten (besonders England und den USA), politisch und militärisch abgesichert durch gegenseitige Garantieverträge; Zollunion mit Belgien, Luxemburg (oder gar deren Annexion) und Italien; Fortsetzung des Wirtschaftskriegs gegen das Reich auch nach Friedensschluß; Abtrennung des Rheinlands von Deutschland und zumindest seine Neutralisierung und Kontrolle; Annexion des Saarlandes, Entwaffnung und Reparationen. Frankreich – und zwar die Politiker und die hohe Beamtenschaft, die Industrie blieb stets skeptisch und zog wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland vor – wollte damit 1. ein zusammenhängendes, umfassendes außenwirtschaftliches Programm durchsetzen, 2. das wirtschaftliche und politische Gewicht zu seinen Gunsten und auf Kosten Deutschlands verschieben, 3. das Wirtschaftspotential steigern, den industriellen Rückstand aufholen und die Rohstoffzufuhr sichern (besonders Kohle, aber auch Öl etc.); 4. Hauptzweck war aber ein politischer: Sicherheit – vor allem vor Deutschland, und das bedeutete dauerhafte Gewährleistung einer maßgebenden Großmachtposition in Kontinentaleuropa.

III

Die Friedensplanungen der französischen Regierung ließen sich bei den Friedensverhandlungen nicht durchsetzen. Frankreich hatte den Krieg nicht allein gewonnen und mußte auf seine Verbündeten, die Vereinigten Staaten und England, Rücksicht nehmen. Vor allem die Vereinigten Staaten stellten sich prinzipiell gegen den Wirtschaftskrieg und die dirigistischen Außenhandelsmethoden Frankreichs, die ihren Interessen an offenen Märkten und ungehinderten Finanz- und Warenströmen zuwiderliefen. England war ebenfalls nicht an einer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Kontinent und einer Zerstörung der deutschen Großmachtstellung interessiert. Auch machte sich nachhaltig der Einfluß der bolschewistischen Oktober-Revolution von 1917 in Rußland bemerkbar. Die Westmächte wollten deren Ausbreitung in Europa verhindern, und es empfahl sich daher kaum, Deutschland durch überzogene Forderungen in chaotische innere Zustände zu versetzen und auf diese Weise die letzte Großmacht in Ost- und Mitteleuropa zu zerstören. Außerdem ist zu beachten, daß es in Frankreich von vornherein unterschiedliche Richtungen unter den Politikern gab und die Industrie gegen die Pläne der Regierung opponierte. Aber nicht genug damit, daß die französischen Pläne sich nicht voll verwirklichen ließen, die Vereinigten Staaten lehnten jede Bindung ab und unterzeichneten weder die Friedensverträge noch den Garantievertrag mit Frankreich. Das Ergebnis war, daß Frankreich zwischen 1919 und 1923 quasi zur revisionistischen Macht wurde¹⁵, den Versailler Vertrag in seinem Sinne ausbauen und das Versäumte Deutschland gegenüber nachholen wollte. Für Ansatzpunkte hatten die Franzosen im Versailler Vertrag selbst gesorgt. Durch eine

15 Dies die These von Walter McDougall, *France's Rhineland diplomacy, 1914–1924. The last bid for a balance of power in Europe*, Princeton 1978.

geschickte Verbindung verschiedener seiner Regelungen ließen sich drei ehrgeizige Ziele gleichzeitig verfolgen: 1. Die Schwächung und Kontrolle Deutschlands, die Lockerung seiner inneren Struktur und die Entfremdung seiner westlichen Gebiete; 2. die einmalig günstige Versorgung Frankreichs mit Geld und Waren – vor allem Kohle – zum Zwecke des raschen Ausbaus des eigenen Wirtschaftspotentials; 3. die langfristig zu sichernde Überlegenheit Frankreichs.

Ausnutzen ließen sich dazu aus dem Versailler Vertrag die Reparationen (Geld- und Sachlieferungen) – vor allem, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkam –, ferner der Druck auf den Westen Deutschlands durch die besetzten Gebiete und deren Ausdehnung – wie es 1920, 1921 und besonders 1923 mit der Ruhrinvasion geschah –, dann die einseitigen Handelsvorteile, die man sich auch über 1925 hinaus zu sichern hoffte, und die überlegene militärisch-politische Position Frankreichs in Europa und im Völkerbund. Absichern wollten die Franzosen diese Politik durch den nicht sehr erfolgreichen Versuch einer wirtschaftlich-politischen Durchdringung der Länder in Ostmitteleuropa und im Donaauraum, womit sie zugleich den traditionellen deutschen Einfluß dort auszuschalten trachteten¹⁶. So waren die politischen Leitlinien Frankreichs beschaffen, die trotz einer Reihe von Inkonsequenzen und internen Schwankungen bis 1923/24, bis zum Ende der Ära Poincaré, die deutsch-französischen Beziehungen bestimmten. Dazu trug selbstverständlich die wenig kooperative, z. T. unversöhnliche Haltung der Deutschen, ihre außenpolitische Konzeptlosigkeit und Renitenz bei, doch waren sie in aller Regel eher die Reagierenden. Aber der Druck erzeugte Gegendruck, und die Franzosen erreichten mit bedenklichen Konsequenzen für die innenpolitische Entwicklung in Deutschland in einigen Punkten so ziemlich das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigten¹⁷.

Erstes Beispiel. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand der Versuch Frankreichs, das Ruhrgebiet, die wichtigste deutsche Wirtschaftsregion – auch für die Rüstungswirtschaft –, in eine gewisse Abhängigkeit zu bringen, durch Reparationen, indem man vor allem hochwertige Steinkohle und Koks in großen Mengen forderte wie auf der Konferenz von Spa 1920; durch Sperrung der lothringischen Eisenerzzufuhr, sofern die deutsche Schwerindustrie nicht auf die Fortsetzung der Verflechtung von Kohle- und Eisenwerken zu französischen Bedingungen einging; und durch die ständige Drohung und Vorbereitung der Besetzung des Ruhrgebietes, die Poincaré 1923 wahr machte, um den Druck auf Deutschland dermaßen zu verstärken, daß die weitreichenden französischen Nachkriegspläne sich doch noch verwirklichen ließen. Der Kampf galt der deutschen Schwerindustrie, die sich mit Klauen und Zähnen verteidigte und dabei beachtliche Geschicklichkeit und Organisationskraft entwickelte. Sie drehte den Spieß um, boykottierte die lothringischen Erze, benutzte Schrott und importierte schwedisches Eisenerz und baute konkurrierende Stahlwerkskapazitäten auf. Auf diese Weise entstanden wirtschaftliche Schwierigkeiten und Belastungen von internationalem Ausmaß. Außerdem wurden jene Kräfte in Deutschland

16 Georges SOUTOU, *L'impérialisme du pauvre: La politique économique du gouvernement français en Europe Centrale et Orientale de 1918 à 1929*, in: *Relations internationales* 7 (1976), S. 219–39; Clemens WURM, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*. Frankfurt/M.-Bern-Las Vegas 1979, Kap. I.

17 Zum Folgenden auch Peter KRÜGER, *Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), S. 21–47.

gestärkt und als Vertreter unentbehrlichen nationalen Potentials und Kampfes aufgewertet, in Machtpositionen gebracht und organisatorisch entwickelt, die keineswegs zum politischen und gesellschaftlichen Fortschritt zählten und eher eine Gefahr für die Republik darstellten.

Zweites Beispiel. Reparationen und Inflation. Die Franzosen forderten Reparationen aus genau den gleichen Gründen, aus denen die Deutschen sie zu vermeiden suchten: um ihre Machtposition zu steigern und ihren Staatshaushalt zu entlasten, was angesichts hoher innerer Zahlungsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg sonst nur über das ganz unbeliebte und wegen der politischen Wirkungen bedenkliche Mittel einer wirtschaftlichen Kontraktion, staatlicher Ausgabendrosselung und kräftiger Steuererhöhung hätte erreicht werden können. Hohe Reparationsforderungen brachten im übrigen ja nicht nur Geld, sondern hielten Deutschland unter Druck und leisteten auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit Frankreichs – obwohl diese These keineswegs über allen Zweifel erhaben ist. Jedenfalls handelten die Franzosen danach, zuerst in Versailles 1919 mit einer hohen vorläufigen Reparationsforderung, dann mit der endgültigen Forderung, die im sogenannten Londoner Ultimatum vom 5. 5. 1921 zugestellt und von Deutschland angenommen wurde, und zwar von einem neuen Kabinett unter dem Reichskanzler Wirth, das nach einer Periode fruchtloser Auseinandersetzungen, Drohungen und Gewaltanwendungen eine klarere Linie in die Außenpolitik gerade gegenüber Frankreich zu bringen suchte. Das war die Episode der »Erfüllungspolitik«, die darauf beruhte, nach Möglichkeit guten Willen zu zeigen und alle Verpflichtungen zu erfüllen, um dadurch zu beweisen, daß die Forderungen praktisch unerfüllbar wären. Nach Anfangserfolgen trat diese Situation schneller als erwartet ein. Riesige Haushaltsdefizite und immer schärferer Devisenmangel führten zum Verfall des Markkurses und zum ersten Moratoriumsgesuch Ende 1921, dem bald Zahlungsverzug und weitergehende Gesuche folgten. Die nicht sehr klaren Fronten in Deutschland verliefen mehr oder weniger zwischen denjenigen, die unbedingt eine schwere Krise vermeiden und die innere und äußere Lage durch europäische Verständigung stabilisieren wollten, also die Regierungskoalition einschließlich SPD und Gewerkschaften, die Führung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstags, und denjenigen, wie vor allem die rechtsstehende Opposition und maßgebende Gruppen der Schwerindustrie, die 1921–23 entschlossen waren, die Krise auszunutzen, die innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung seit 1918 teilweise rückgängig zu machen und mit einem großen, äußerst riskanten Kraftakt die inneren Machtverhältnisse verändern und die äußere Machtstellung des Reiches wiederherstellen zu wollen. Auf die eine oder andere Weise bemühten sich beide Gruppierungen, Frankreich zum Einlenken zu bewegen, wobei selbstverständlich England und den Vereinigten Staaten, im Rahmen der Rapallo-Politik auch Rußland, erhöhte Bedeutung zukam.

Außerdem löste die 1922/23 außer Kontrolle geratene Hyperinflation im In- und Ausland schwere Befürchtungen aus. Die Franzosen nahmen Anfang 1923 einen an sich geringfügigen Rückstand zum Anlaß, ins Ruhrgebiet einzumarschieren. Sie warfen den Deutschen vor, mit Absicht die Inflationierung ihrer Währung betrieben zu haben, um den Reparationen zu entgehen. Aber so einfach lagen die Dinge nicht. Die Existenz der Weimarer Republik hing ab von der Bewahrung ihres Gründungskompromisses zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräften

von rechts bis links. Sozialer Fortschritt, politisches Mitspracherecht breiter Schichten, höhere Löhne und Überwindung der Arbeitslosigkeit gingen Hand in Hand mit Zugeständnissen an die traditionelle Führungsschicht und mit Verzicht auf Sozialisierung. Eine scharfe Deflationspolitik hätte diese Basis zerstört. Sie stieß auf geschlossene Ablehnung aller wichtigen Gruppen in der Gesellschaft, gerade der Linken, und war politisch nicht durchsetzbar. Das war wichtiger als die durchaus verbreitete Abneigung, den Versailler Vertrag zu erfüllen. Die französische Reparationspolitik der frühen 20er Jahre hatte also auch in diesem Fall indirekt und ungewollt die widerspenstigen Kräfte in Deutschland gestärkt, die gerade in der Industrie von der Inflation profitierten, und die verständigungsbereiten Kräfte geschwächt, sowohl durch Förderung einer nationalistischen, feindseligen Stimmung als auch durch zu weitgehenden Druck, der in die Inflation abgelenkt wurde und die Stabilisierung der Weimarer Republik gefährdete. Damit verzögerte sich der Neuaufbau eines gemeinsam getragenen europäischen Staatensystems ebenfalls. Auch wenn man wie Frankreich noch so gut begründete Rechte zu haben glaubt, kommt man in der modernen Außenpolitik ohne sorgfältige Abwägung der Folgen ihrer Ausübung und ohne die Berücksichtigung der inneren Situation in anderen Ländern nicht aus.

Damit ist keine Schuldzuweisung an Frankreich gemeint. Verurteilungen hemmen nur die Erkenntnis. Frankreich steckte in großen Schwierigkeiten, auch wenn die Wirtschaft sich besser entwickelte als vielfach angenommen wird. Immerhin waren die umfangreichen Kriegsschulden besonders bei den Vereinigten Staaten eine bedrohliche Last. Entscheidend war aber etwas anderes. Frankreich lebte in steter Sorge vor der künftigen Entwicklung Deutschlands. Der Versailler Vertrag hatte die deutsche Großmachtposition zwar deutlich geschwächt, aber das war vorübergehend. Die Grundstruktur, das Potential der deutschen Großmacht blieb erhalten, und das französische Bedürfnis nach Sicherheit war berechtigt. Frankreich hatte aber genau wie die anderen Mächte im Grunde nur zwei Möglichkeiten, das deutsche Problem zu lösen: Entweder die völlige Niederwerfung des Reiches in der Schlußphase des Ersten Weltkriegs, die Zerstörung der deutschen Großmachtposition bis hin zur territorialen Aufteilung – oder die Bewahrung dieser, wenn auch beschnittenen Großmachtposition und weitgehende Verständigung und Einbindung Deutschlands in ein neu konzipiertes europäisches Staatensystem. Alles andere waren – vielleicht unvermeidbar – Halbheiten, die aber in ihrer Widersprüchlichkeit die 20er Jahre beherrschten und noch darüber hinaus wirksam blieben. Beide Alternativen boten beträchtliche Schwierigkeiten. Die eine war schon an sich schwer durchzuführen und verlangte völlige Einmütigkeit der übrigen Mächte. Die andere Alternative war riskant, erforderte Zugeständnisse an das Reich und eine beharrliche Politik zum Zwecke seiner Einordnung in eine gemeinsam zu tragendes Staatensystem. Deutschland hingegen mußte zu dieser Einordnung, Kooperation und internationalen Verflechtung bereit sein, d. h. aber, es mußte auch ein hinreichendes Interesse daran finden. Gleichgültig indessen, wozu sich die Kriegsverbündeten entschlossen, war es zur Vermeidung gefährlicher Ungewißheiten und neuer Spannungen absolut vordringlich, den Krieg und seine Folgen so schnell wie möglich zu liquidieren. Daß alles dies im politischen Alltag unerhört schwer durchzuführen war, brauche ich hier im einzelnen nicht auszuführen.

Aber die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland 1919–23

machte die europäische Stabilisierung unmöglich. Die Entspannung und wirtschaftliche Wiederaufrichtung wurde um wertvolle Jahre zurückgeworfen, die unentbehrliche deutsch-französische Verständigung verzögert, die tiefsitzende Kriegspsychose verlängert und das nationalistische Ressentiment verschärft. Außerdem hatte das alles zur Folge, daß Frankreich seine Druckmittel gegen Deutschland möglichst lange in der Hand behalten wollte. Daher wurde die Liquidierung des Krieges verzögert und das Reich auf Anlehnung bei den Vereinigten Staaten verwiesen, was europäische Kooperationsversuche zusätzlich erschwerte und das Reich zu einer schwierigen Gratwanderung zwischen französisch-europäischer und atlantischer Orientierung veranlaßte. Doch auf Grund der erheblichen, immer weitergehenden Verflechtung Europas in fast allen Belangen ließen sich internationale Labilität und katastrophale Konfrontation nur vermeiden, sofern die Rahmenbedingung solcher Verflechtung, politisch bewußt gestaltete europäische Zusammenarbeit, erfüllt wurde.

IV

Die Hoffnung auf Verständigung, Entspannung, wirtschaftliche Erholung und europäische Kooperation konnte sich allerdings in den Jahren 1924–1929 mit einiger Berechtigung in Frankreich und Deutschland entfalten, nachdem der Machtkampf beider Länder 1923 in der Ruhrkrise einen Höhepunkt erreicht hatte. Stresemann war es als Reichskanzler gelungen, die innere Krise, die Gefahr des Auseinanderfalls des Reiches im Herbst 1923, zu überwinden, die Reform der völlig zusammengebrochenen Währung einzuleiten und in einer Art Kapitulation den Ruhrkampf abubrechen. In der zur Lösung anstehenden Reparationsfrage stimmte Poincaré einer Expertenkommission zu, nachdem sich die Engländer und vor allem die Amerikaner eingeschaltet hatten, um ihre Interessen gegenüber den Gefahren einer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie Frankreichs zu sichern. Dem entsprach Stresemanns Kalkül, auf die angelsächsischen Mächte zu setzen, um nicht isoliert von den überlegenen Franzosen die Bedingungen diktiert zu bekommen. Als das Ergebnis der Expertenkommission, der Dawes-Plan über eine wirtschaftlich vertretbare vorläufige Reparationslösung, auf der Londoner Konferenz vom Juli/August 1924 nach intensiven, z. T. sehr schwierigen Erörterungen angenommen und die Räumung der Ruhr von Frankreich zugestanden wurde, war der Weg frei für die Ära der Verständigungspolitik, erleichtert durch die Mitte-Links-Koalition in Frankreich, die siegreich aus den französischen Wahlen vom Frühjahr 1924 hervorging, erleichtert außerdem durch die Folge gemäßiger Reichsregierungen, in denen Stresemann von 1923 bis zu seinem Tod am 3. 10. 1929 die zentrale integrierende Persönlichkeit und der Leiter der Außenpolitik war, und erleichtert schließlich durch den Zwang zu wirtschaftlicher und politischer Vernunft, wenn man Europa nicht im Chaos versacken lassen wollte. Und hilfreich war ohne Frage der mit beginnender Stabilisierung reichlich fließende Strom amerikanischer Kredite, besonders nach Deutschland¹⁸, ein wirksames Element in den deutsch-französischen Beziehungen, das zur politischen Entspannung als Voraussetzung wirtschaftlichen Aufschwungs antrieb. Stresemann verschaffte sich

18 Werner LINK, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970.

damit die Rückendeckung für seine Verständigungspolitik mit Frankreich, die er als unentbehrlich betrachtete. Aber sie beruhte auf der Gleichberechtigung und dem Wiederaufstieg des Reiches zur europäischen Großmacht.

Diese Konstellation wurde tatkräftig von England unterstützt. Es war nicht so, daß es früher keine Ansätze zu deutsch-französischer Verständigung gegeben hätte. Aber sie waren Episoden geblieben, unter Millerand 1920, beim Seydoux-Plan 1920/21, vor allem bei dem hoffnungsvollsten Unternehmen, der vom britischen Premierminister Lloyd George zusammen mit Briand und dem Reich 1921/22 als europäische wirtschaftliche und politische Verständigung unter Einbeziehung Rußlands geplanten Genua-Konferenz (April/Mai 1922)¹⁹. Sie scheiterten, weil die internationalen Voraussetzungen, auch wegen der handstreichartigen deutsch-sowjetischen Sondervereinbarung von Rapallo, zu ungünstig, die deutsch-französischen Gegensätze noch zu groß und nicht einmal die Grundlagen einer klaren und stetigen Politik gerade in Deutschland und Frankreich vorhanden waren. Diese Grundlagen waren jedoch nach 1924 vorhanden, dies bedeutete den wesentlichen Unterschied. Versäumtes wurde nachgeholt, Deutschland als Großmacht wieder anerkannt und der Aufbau eines neuen europäischen Konzerts, beruhend auf der Kooperation von Frankreich, England und Deutschland, begonnen – wahrscheinlich zu spät, jedenfalls erwies sich die Zeitspanne bis zur Weltwirtschaftskrise als zu kurz.

Zu spät – das bedeutet, es wurde zu lange gezögert, diejenigen Revisionsforderungen des Reiches, die innenpolitisch so wichtig und außenpolitisch in der Ära der Verständigung so logisch waren, rasch zu befriedigen: vor allem die vorzeitige Rheinlandräumung, die Beseitigung dieses dicksten Steins des Anstoßes für die nationalistische Opposition. Aber auch in Frankreich hatte die Regierung innenpolitisch einen schweren Stand. Außerdem mußte die Räumung die deutsche Handlungsfreiheit erhöhen und die französischen Mittel, Druck auf das Reich auszuüben, vermindern. Schließlich wollte der wieder zum Ministerpräsidenten berufene Poincaré die Räumung für einen Kuhhandel um eine günstige endgültige Reparationslösung nutzen. Um diese Fragen rangen Stresemann und Briand ähnlich wie die beiden Politiker in Franks »Politischer Novelle«. Es ging in der Wirklichkeit mehr um Macht und Einfluß und die Stellung in Europa, aber eben auch um den Frieden, die Verständigung, die bessere Zusammenarbeit in Europa, den deutsch-französischen Ausgleich. Die Verständigung mit Frankreich enthielt insofern auch instrumentale Aspekte, als in Stresemanns Augen das deutsch-französische Einvernehmen die unentbehrliche Voraussetzung für weitere Erfolge in der Revisionspolitik darstellte. Jedoch ist es keineswegs gerechtfertigt, die Frankreichpolitik bloß als Hebel für Revisionsforderungen zu betrachten²⁰. Die europäische Verständigung mit dem Kern

19 Georges SOUTOU, *Problèmes du rétablissement des relations économiques franco-allemandes 1918–1920*, in: *Francia* 2 (1974), S. 580–96; DERS., *Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 23 (1975), S. 237–70. Umfassend Carole FINK, *The Genoa conference. European diplomacy, 1921–22*. Chapel Hill 1984.

20 In diesem Punkt unterscheidet sich meine Beurteilung deutlich von Jacques BARIÉTY, *La place de la France dans la ›Westorientierung‹ de la République de Weimar au cours de sa phase de stabilisation, 1924–1929*, in: *Revue d'Allemagne* VIII (1976), S. 35–50; DERS., *Finances et relations internationales: A propos du ›plan de Thoiry‹ (septembre 1926)*, in: *Relations internationales* 21 (1980), S. 51–70. Die Bedeutung der angelsächsischen Mächte ist unbestritten; darüber darf aber nicht die in der Stresemann-

des deutsch-französischen Ausgleichs und engen Zusammenwirkens ging, wie die Quellen beweisen, weit über Derartiges hinaus und war eine umfassende wirtschaftliche und politische Konzeption, die auf einer grundsätzlichen politischen Entscheidung über die langfristig günstigste Wahrnehmung deutscher Interessen beruhte. Aber die Rheinlandräumung vermochte sich 1930 nicht als Erfolg zugunsten der Republik und der Festigung eines eng verflochtenen und kooperierenden europäischen Staatensystems auszuwirken. Ebenso wenig gelang diese innere und äußere Stabilisierung mit Hilfe der endgültigen Reparationslösung im Young-Plan 1929, obwohl das zu den erklärten Absichten der Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller gehört hatte. Die Chancen waren nichtsdestoweniger eindrucksvoll und kristallisierten sich im Begriff »Locarno-Politik«, konzipiert im Auswärtigen Amt seit 1923 als Basis politischer und wirtschaftlicher Verständigung zwischen den europäischen Mächten sowie vertrauensvoller deutsch-französischer Zusammenarbeit. Keine Großmacht hatte dabei grundsätzlich ihre Positionen verändert, verändert waren – und das bedeutete viel – die Dimensionen und die Methoden. Vor allem hatten die deutschen Außenpolitiker eingesehen, daß Frankreichs Sicherheitsbedürfnis befriedigt werden mußte, daß geduldiges und vertrauenerweckendes Verhandeln, Kompromißbereitschaft, Zuverlässigkeit und nicht zuletzt das Bekenntnis zur Politik mit friedlichen Mitteln weiter führten als eine forcierte nationalistische Politik einseitiger Durchsetzung von Ansprüchen. Die Locarno-Verträge vom 16. 10. 1925 und der damit verbundene Beitritt zum Völkerbund im September 1926 – dies hatten die französische und die englische Regierung zur Voraussetzung gemacht – wurden die Basis dieser Veränderung.

Alle wichtigen europäischen Mächte waren beteiligt – natürlich abgesehen von der Sowjetunion. Der Rheinpakt, begleitet von einer Reihe von Schiedsverträgen, bildete den Kern, garantierte die deutsch-französische Grenze und die Entmilitarisierung der Rheinlande und bewirkte das Kunststück, England zum Garanten zu machen. Die französischen Bündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei traten an Bedeutung zurück, während es Deutschland gelang, seine besonderen Beziehungen zur Sowjetunion zu wahren. Die Ausgangslage für die Revision der nicht garantierten Ostgrenze, bewußt von den Deutschen auf ein ausgezeichnetes Verhältnis zu Frankreich gestützt, schien verbessert. Allerdings erwies es sich rasch: je ernster man die

Ära als unentbehrlich betrachtete dauerhafte Verständigung und Kooperation mit Frankreich in den Hintergrund rücken. Auch sollte man nicht immer nur auf Stresemann blicken. Andere, wie der Staatssekretär von Schubert, hatten erheblichen Anteil an der deutschen Außenpolitik. Schubert bezeichnete sich intern als den überzeugtesten Exponenten »einer deutsch-französischen Annäherungspolitik« im Auswärtigen Amt, ADAP, B IX, S. 519 (4. 8. 1928), und beschwor noch als Botschafter in Rom den Reichskanzler Brüning am 30. 12. 1931: »Ich glaube auch nicht, daß wir sehr viel von einer englisch-italienisch-deutschen Kombination erwarten können. Ich bin vielmehr der Ansicht, die ich während meiner Amtstätigkeit in Berlin stets vertreten habe, daß unsere Rettung schließlich und endlich nur in einem gewissen Ausgleich mit Frankreich und in einem wirtschaftlichen Zusammengehen mit Frankreich bestehen kann. Es fragt sich daher meines Dafürhaltens nur, wie dies erreicht werden kann. Ich weiß, wie außerordentlich schwer ein Zusammenarbeiten mit den Franzosen ist. Wenn man die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte durchblättert, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß das wohl immer der Fall gewesen ist. Trotzdem sollte man meines Erachtens die Hoffnung nicht aufgeben, doch einmal zu erreichen, daß dem Unfug des historischen deutsch-französischen Haders zum Besten beider Völker endlich ein Ende bereitet wird.« ADAP, B XIX, S. 331.

Locarno-Politik und den »Geist von Locarno« nahm – und sowohl Stresemann als auch Carl von Schubert, sein Staatssekretär, der wesentliche Impulse dazu gab, nahmen sie sehr ernst –, desto mehr mußte man um ihrer Vorteile und des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstiegs willen Entspannung und Konsolidierung Europas pflegen. Das erleichterte nicht gerade die Veränderung von Grenzen, ein Vorgang, der zu den tiefgreifendsten Beunruhigungen in der modernen Staatenwelt gehört.

Fast konsequent ergaben sich daraus – nicht als Träumerei, sondern als nüchterne, vor allem industriewirtschaftliche Interessenpolitik – die ersten vorsichtigen Schritte zu einer engeren europäischen Zusammenarbeit²¹. Ausgangspunkt war auch hier das deutsch-französische Verhältnis, genauer, die über drei Jahre sich hinziehenden zähen Verhandlungen über das Handelsabkommen zwischen Frankreich und Deutschland vom 17. 8. 1927²². In diesen Verhandlungen kam man sich näher und sprach bald offen von europäischer Zollunion und engen Wirtschaftsverbindungen zwischen beiden Ländern. Der Abschluß des Abkommens wurde auf beiden Seiten als großer Erfolg der deutsch-französischen Beziehungen, als Anbruch einer neuen, nach Europa sich öffnenden Ära empfunden. Auch sonst ist vielfach belegt, daß die Führungsgruppe des Auswärtigen Amtes in der Stresemann-Ära das Unzureichende des internationalen Systems der Vorkriegszeit mit seiner Mischung von unabhängiger Großmachtpolitik und gegensätzlichen Bündnisblöcken erkannt hatte und auf der Suche war nach notwendigen neuen Formen eines europäischen Staatensystems. Sie bezog daher Erfordernis, Dimension und Konsequenzen vertiefter europäischer Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Einigung in die eigenen Erwägungen und diplomatischen Erörterungen ein, nicht zuletzt im Hinblick auf die wachsenden Probleme und den Aufstieg außereuropäischer Mächte. Schubert hatte mit Briand schon mehrmals über die Notwendigkeit des Zusammengehens in Europa und vor allem zwischen Deutschland und Frankreich gesprochen, um für die Behandlung der großen Weltprobleme gerüstet zu sein. Im Sommer 1929 griff Briand das Thema mit Stresemann auf, Vorbereitung seines Europa-Plans einer lockeren föderativen Einigung.

V

Aber die große Wirtschaftsdepression warf ihren Schatten über Deutschland – schon seit dem Winter 1928/29. Die inneren Spannungen verschärften sich und überdeckten diese Europa-Gespräche. Das Mitte-Links-Bündnis, das 1928–30 das Kabinett Müller trug, wollte eine drohende allgemeine Krise verhindern, die – ausgelöst von einer absehbaren Transferkrise bei den Reparationen – den unentbehrlichen Auslandskredit, die deutsche Wirtschaft und schließlich die Ansätze innerer Stabilisierung gründlich erschüttert hätte. Infolgedessen war nicht nur der existenzbedingende

21 Peter KRÜGER, Die Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Helmut BERDING (Hg.), Wirtschaftliche Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Sonderheft 10 der Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft« Göttingen 1984, S. 149–168.

22 Pierre GUILLEN, La politique douanière de la France dans les années vingt, in: Relations internationales 16 (1978), S. 315–31.

innere Kompromiß der Republik höchst gefährdet, sondern auch ihr weniger direkt faßbarer außenpolitischer Basiskonsens über eine industriewirtschaftlich-liberale, modernen Verhältnissen angepaßte internationale Zusammenarbeit. Diese Existenzkrise zu vermeiden und dem Reich Erleichterung zu verschaffen, war der Zweck der von Müller und Stresemann verantworteten Politik der Reichsregierung und beeinflusste nachhaltig das eingehend vorbereitete Manöver der Deutschen, mit dem die endgültige Reparationsregelung im Young-Plan eingeleitet und die Rheinlandräumung erreicht werden sollte, wobei man ganz anders bedingte amerikanische Impulse aufnahm. Stresemann und Schubert beabsichtigten, durch Bereinigung dieser wesentlichen Fragen und einiger weiterer damit zusammenhängender Probleme eine gefestigte Basis für die Fortsetzung der Locarno-Politik zu schaffen. Der Young-Plan hing nicht nur ab von der Bereitwilligkeit der Deutschen, zu zahlen, und von der Konjunktur, sondern vor allem auch vom Bekenntnis Deutschlands – und der übrigen Mächte – zu einem kooperativen, liberalisierten Weltwirtschafts- und Finanzsystem. Sonst konnte er nicht funktionieren. Trotz mancher Enttäuschung und mühevollsten Ringens betrachteten Stresemann und Schubert das schließlich erreichte Ergebnis als Erfolg – auch für die Konsolidierung Europas und für ihre Politik der Machtsteigerung und Verankerung Deutschlands im internationalen System durch Zusammenarbeit, Verständigung und Interessenausgleich. Aber für diesen Versuch einer Lösung der deutschen Frage war es zu spät.

Mit dem Sturz der Regierung Müller, der letzten parlamentarischen Reichsregierung, zerbrach auch jene gesellschaftliche und politische Gruppierung von einer Mehrheit aus Industrie, Handel und Banken bis zu den Gewerkschaften und von der DVP Stresemanns bis zu den Sozialdemokraten, die für europäische Verständigung, weltwirtschaftliche Verflechtung und enge deutsch-französische Zusammenarbeit eingetreten war. Die Konfrontationen mit Frankreich und das gegenseitige Mißtrauen nahmen rasch zu. Die einseitigen nationalistischen Bekundungen und die Revisionsansprüche wurden lauter, rücksichtsloser und in bewußter Abkehr von der Verständigungspolitik vorgebracht. Dem Europa-Plan Briands vom Mai 1930 bereitete die Reichsregierung – dies war ausdrücklich die Absicht – ein »Begräbnis erster Klasse«. Mit dem überraschenden Vorstoß des schließlich am Widerstand der Franzosen gescheiterten Zollunionsprojektes mit Österreich vom März 1931 stellte sich die Reichsregierung in offenen Gegensatz zu Frankreich. Dieses brüskierende und alarmierende Unternehmen war der eigentliche Sündenfall der deutschen Außenpolitik nach der Stresemann-Ära und zielte auf eine deutsche Machtstellung im Donauraum, die Einbeziehung der Tschechoslowakei und die Isolierung Polens zur Vorbereitung der Grenzrevision im Osten. Die Not und die internationalen Turbulenzen der Weltwirtschaftskrise nutzte die Reichsregierung ohne Bedenken zur Zerstörung des Young-Plans und zur rigorosen Durchsetzung der Gleichberechtigung, d. h. zur Überwindung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags in den Abrüstungsverhandlungen. Sie trug erheblich zur Erschütterung des internationalen Systems in der Krise bei. Als Hitler an die Macht kam, verfügte Frankreich kaum noch über ein Druckmittel gegen Deutschland.

Auch in dieser Phase von 1930–32 gab es noch Ansätze zu einer engeren deutsch-französischen Verbindung, aber sie scheiterten und stammten zumindest auf deutscher Seite aus einem anderen Geist, dem der traditionellen, zweiseitigen Staatenver-

bindung, nicht aus dem Geist europäischer Verständigung, Bindung und Zusammenarbeit. Es ist aber zweifellos eine Schicksalsfrage der modernen Welt, inwieweit es ihr gelingt, diese so reich entfalteten politisch-militärischen, sozio-ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Machtpotentiale der Staaten einem politischen Denken und Handeln einzugliedern, das bestimmt ist von internationaler Verantwortung, von nüchternem Interessenkalkül und gemeinsamem Interessenausgleich, und zwar im Rahmen eines allgemein als erhaltenswürdig aufgefaßten internationalen Systems.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Une vue d'ensemble sur les questions fondamentales concernant la relation entre l'Allemagne et la France à l'époque de la République de Weimar, est avant tout dominée par les effets persévérants de la position de l'Allemagne en Europe; un des problèmes les plus importants de la réorganisation internationale après la Première Guerre Mondiale. L'Europe et les Etats européens constituent, en raison de leurs multiples interpénétrations qui se sont développées pendant des siècles et renforcées depuis l'époque des révolutions et de l'industrialisation, aussi bien dans leur vaste champ culturel commun, que dans leurs durs antagonismes, une communauté d'Etats dense, formée d'une façon particulièrement intense. C'est pour cette raison que la plus grande importance incombait toujours à l'équilibre de ce système d'Etats et par là à la position de l'Allemagne comme la puissance la plus grande au centre de l'Europe. Cependant l'importante tâche de réorganiser en 1919 à Paris le système d'Etats européen a été manquée et, au-delà de cela même non acceptée comme prioritaire. Mais la relation franco-allemande – et de ceci les contemporains ont toujours eu conscience – était décisive pour le développement de la situation européenne dans sa totalité. Par le fait que la France, face à l'Allemagne virtuellement plus forte, ne voyait à juste titre aucune garantie pour sa sécurité, et qu'elle songeait à maintenir un rôle décisif de grande puissance en Europe, il ne lui restait en principe que deux possibilités qui dans leur ultime conséquence se résumaient de la manière suivante: ou bien le découpage de l'Allemagne et la destruction de sa position de puissance ou bien une entente avec l'Allemagne en reconnaissant sa position réduite de grande puissance, ceci cependant uniquement sous la condition de son insertion dans un système de coopération et d'engagement à long terme. Mais la politique de la France d'un côté manquait de conviction et était sans homogénéité. L'Allemagne de l'autre côté se comportait uniquement à l'époque de Stresemann conformément aux principes qui consistaient dans l'entente, l'interpénétration, la coopération; allant jusqu'au début d'une union douanière européenne, des principes nécessaires pour l'Europe et ses propres intérêts en tant qu'Etat industriel hautement développé. Sa mince couche dirigeante républicaine était trop faible. Avec l'échec du gouvernement Müller (SPD) en 1930, le courant politique fondamental nationaliste, présent d'une façon latente, qui dans des questions importantes cherchait la confrontation avec la France, s'est révélé comme plus fort. Du reste, les espérances et les limites d'une entente profonde entre l'Allemagne et la France à l'époque de Weimar se laissent reconstituer au moyen d'un événement littéraire isolé comme c'est le cas de la »Nouvelle politique« de Bruno Frank, particulièrement en vue de l'importance primordiale de la relation franco-allemande pour l'Europe.